

Wie ein Startkapital pro Geburt die Altersvorsorge stärken könnte

Die Idee von Professor Michael Hanke heisst «FL-Säule». Auch das Ministerium nahm sie bereits zur Kenntnis.

Sina Thöny

Ein Staatsbeitrag pro Neugeborenes, vervielfacht durch den Kapitalmarkt, könnte die Liechtensteiner Altersvorsorge entlasten. So zumindest der Vorschlag von Finance Professor und ehemaligem Stiftungsratspräsidenten der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein Michael Hanke, welchen er im Rahmen des «Dies Academicus» vergangene Woche das erste Mal öffentlich vorstellte. Der Regierung hatte er diesen Vorschlag bereits vorgelegt: Das Ministerium für Gesundheit und Justiz ortet Potenzial in der «FL-Säule», doch die Ausarbeitung der Details könnte zur Herausforderung werden.

Mögliche jährliche Staatsbeiträge in Millionenhöhe

Der grosse Unterschied zu den bestehenden Säulen: Die «FL-Säule» richtet sich nur an die Wohnbevölkerung Liechtensteins und wird allein durch

Staatsbeiträge sowie deren Investition in den Kapitalmarkt finanziert. Denn: «Altersarmut wird für den Staat nur dann zum Problem, wenn sie in Liechtenstein lebende Menschen betrifft», so Hanke. Wenn gemäss den Berechnungen von Hanke pro Neugeborenes ein Beitrag von 30 000 Franken investiert wird, könnte dies je nach Rendite zu einem Ertrag von 10 000 bis 40 000 Franken an jährliche Rente pro Kopf zusätzlich zu der bestehenden Altersvorsorge führen. Der Staat müsste in diesem Beispiel pro Jahr rund 10 Millionen Franken beisteuern.

Doch: «Die «FL-Säule» stellt sicher, dass ab dem Moment, wo die Säule greift, ein gewisses Mindesteinkommen gewährleistet ist, das zum Beispiel auch für die Finanzierung eines Pflegebedarfs zur Verfügung steht», erklärt Hanke das Modell. Dadurch könnte Altersarmut effektiv bekämpft und allfällige Ergänzungsleistungen des Staates verhindert wer-

den. «Landesvermögen an sich ist da: Einen Teil davon könnte man für sinnvolle Investitionen in die Zukunft verwenden», meint Michael Hanke.

Winkler: Gute Ideen können an kleinen Details scheitern

Den Vorschlag habe Michael Hanke auf Bitte der Vorgängerregierung ausgearbeitet. Auch das neue Ministerium für Gesellschaft und Justiz lud den Professoren ein, seine Gedanken zu erläutern: «Gerade in Bezug auf offene Fragen zur Altersvorsorge lehnt das Ministerium für Gesellschaft und Justiz keine innovativen Ideen ab. Alle Inputs, gerade wenn sie aus fachkundiger Feder stammen, sind willkommen und werden gerne geprüft», so Generalsekretär Michael Winkler auf Anfrage. Der Ansatz sei interessant: Da Liechtenstein die entsprechenden Reserven aufweist, könnte dies ein guter Weg sein, um Finanzierungslücken zu schliessen.

Die Parameter gelte es aber genau zu überdenken und festzulegen. Auf die Frage, ob solche Ausgaben angesichts des angekündigten haushälterischen Umgangs mit den Staatsfinanzen realistisch wären, meint Winkler: «Aus Sicht des Ministeriums für Gesellschaft und Justiz wäre eine solche Einlage ja nicht zwangsläufig mit einer «Vermögenseinbusse» gleichzusetzen, sondern eher einer «Umbuchung».» Die Herausforderung wäre aus Sicht des Generalsekretärs eher, die abstrakte Idee in eine konkrete Form zu bringen: «Wir erleben oft, dass gute Ideen dann an kleinen Details und Einpassungen scheitern.» Für eine Umsetzung müssten alle Beteiligten und Betroffenen einbezogen werden, um breite Akzeptanz für eine konkrete Lösung zu finden. Die Regierung habe den Vorschlag zur Kenntnis genommen und werde schauen, ob er in die Altersstrategie übernommen werde. **3**

Hanke: «Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, die Idee der «FL-Säule» wieder aufzugreifen»

Eine vierte Säule soll die Altersvorsorge entlasten. Was es mit der «FL-Säule» auf sich hat, erklärt ihr Entwickler Michael Hanke.

Interview: Sina Thöny

Die Altersvorsorge zählt zu den Topsorgen der Liechtensteiner. Das bestehende System kommt angesichts des demografischen Wandels zunehmend in Bedrängnis. Einen Vorschlag zur Entlastung des Systems bringt **Michael Hanke, Finance-Professor an der Universität Liechtenstein und ehemals Präsident des Stiftungsrats der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein**: Für jedes Liechtensteiner Neugeborene soll in der «FL-Säule» ein Beitrag angelegt werden, der sich bis zum Rentenalter vervielfacht, woraus dann im Alter ergänzend zu den zwei bestehenden Säulen eine Rente ausbezahlt wird.

Welche Herausforderungen kommen auf die Altersvorsorge zu?

Michael Hanke: Hauptsächlich zwei Herausforderungen: Die Menschen werden glücklicherweise immer älter. Das bedeutet, Renten müssen länger ausbezahlt werden, was die Kosten erhöht. In Liechtenstein gibt es zwei Finanzierungssysteme: Die erste Säule basiert auflaufenden Beiträgen, die zweite auf angespartem Vermögen. Steigt die Lebenserwartung, muss in der zweiten Säule die monatliche Rente niedriger ausfallen, wenn das Startkapital gleich bleibt. Die zweite Hauptherausforderung ist, dass die Zinsen jetzt schon seit geraumer Zeit sehr niedrig sind. Das angesparte Vermögen wirft nicht mehr die Erträge ab, die man bei der Einführung des Systems erwartet hatte.

Wie ist Liechtenstein für diese Herausforderungen gewappnet?

Grundsätzlich gut, denn Liechtenstein hat im Gegensatz zu vielen Ländern zwei Säulen. Das ist stabiler, als nur auf eine zu setzen. Doch Liechtenstein ist klein und stark mit dem Ausland verflochten, besonders bei den Arbeitskräften. Sollte die Wirtschaft schwächeln, könnten in der ersten Säule die Beiträge aus dem Ausland einbrechen. Dies würde für die Altersvorsorge schnell zum Problem werden.

Gibt es weitere Herausforderungen?

Es besteht in Liechtenstein die Möglichkeit zum Kapitalbezug: In der zweiten Säule ist nicht sichergestellt, dass mit dem angesparten Geld auch tatsächlich eine Rente finanziert wird. Zudem beobachten wir, dass der Kapitalbezug ansteigt. Die AHV-Rente allein reicht oft nicht aus, um Altersarmut zu verhindern. Zusätzliche Belastungen wie Pflegekosten könnten zukünftig mehr Menschen in die Abhängigkeit von Ergänzungsleistungen treiben.

Und in dem herausfordern den Umfeld kommt Ihr



Die «FL-Säule» berücksichtige die Besonderheiten des Landes und lege den Fokus auf die Wohnbevölkerung, so Michael Hanke. Bild: N. Vollmar

Vorschlag der «FL-Säule» ins Spiel. Wieso braucht es eine neue Säule?

Ob es sie braucht, müssen andere beurteilen. Doch das derzeitige System hat einige Risiken und Nachteile. Gleichzeitig ist Liechtenstein in der sehr angenehmen Lage, ein Staatsvermögen und keine Staatsverschuldung zu haben. Das erlaubt, eine neue Säule zu schaffen, die speziell auf Liechtenstein zugeschnitten ist. Sie würde sich auf die Wohnbevölkerung konzentrieren, um deren Renten zu sichern. Denn Altersarmut wird für den Staat nur dann zum Problem, wenn sie in Liechtenstein lebende Menschen betrifft.

Im politischen Kontext werden Massnahmen wie die Erhöhung des Rentenalters diskutiert. Greifen diese zu wenig weit?

Nein, sie sind unabhängig von der «FL-Säule» sicher auch notwendig, lösen aber nicht alle Probleme. Hebel wie die Erhöhung des Rentenalters haben aber nur eine beschränkte Wirkung. Sie wirken nicht gegen Risiken wie eine schwächelnde Konjunktur oder weniger ausländische Arbeitskräfte, die Beiträge leisten.

Wie funktioniert die «FL-Säule»?

Der Staat legt bei der Geburt eines in Liechtenstein wohnhaften Kindes einen Betrag an, der am Kapitalmarkt investiert wird. Über Jahrzehnte wächst dieses Kapital und finanziert später eine lebenslange Rente. Anders als die anderen Säulen basiert die «FL-Säule» nicht auf laufenden Beiträgen, sondern auf einer Einmalzahlung. Für die beim Start des Systems

bereits bestehende Bevölkerung bräuchte es eine sogenannte Einschleifregelung, die etwa aus dem Landesvermögen finanziert werden könnte.

Könnte mit der «FL-Säule» die staatlich subventionierte AHV-Säule überflüssig werden?

Die AHV bleibt wichtig, da sie auch Menschen umfasst, die in Liechtenstein arbeiten, aber nicht hier wohnen. Die «FL-Säule» wäre eine Ergänzung, die allen in Liechtenstein Wohnenden zugutekommt – unabhängig von Einkommen oder Vermögen. Sie würde zudem Männer und Frauen gleichstellen, da Frauen oft Teilzeit arbeiten und dadurch geringere Rentenansprüche haben.

Wie teuer würde diese Säule der Landeskasse kommen?

Das hängt vom gewünschten Absicherungsniveau ab. In meinem Vortrag am «Dies Academicus» vor einer Woche brachte ich das Beispiel von 30 000 Franken pro Geburt. Bei rund 350 Neugeborenen pro Jahr

«Landesvermögen ist da: Einen Teil davon könnte man für sinnvolle Investitionen in die Zukunft verwenden.»

Michael Hanke
Finance-Professor

würde sich der jährliche Staatsbeitrag auf circa 10 Millionen Franken belaufen. Dazu kommt als einmalige Herausforderung die Finanzierung des Übergangs. Dies ist abhängig von der Frage: Wie bringt man die schon bestehende Bevölkerung in dieses System hinein und wie schnell soll das System greifen? Die «FL-Säule» braucht relativ lang, bis sie Wirkung zeigt: Wenn sie heute ohne Einschleifregelung in Kraft treten würde, würden, gerechnet mit einem Rentenalter von 70 Jahren, erst 2096 die ersten Personen davon profitieren. Je höher die Anschubfinanzierung, desto eher tritt die Wirkung ein.

Welche Erträge wären möglich?

Mit den 30 000 Franken pro Neugeborenen ergibt sich bei einem Rentenalter von 70 Jahren und einer Durchschnittsrendite zwischen drei und fünf Prozent ein Betrag zwischen 10 000 und 40 000 Franken jährlich. So stünde eine spürbare Rente von circa 1000 bis 3000 Franken im Monat zur Verfügung, zusätzlich zu den anderen zwei Säulen. Natürlich ist es ein politischer Prozess, welches Absicherungsniveau man sich leisten will. Landesvermögen an sich ist da: Einen Teil davon könnte man für sinnvolle Investitionen in die Zukunft verwenden.

Eine jährliche Investition von 10 Millionen Franken plus der Staatsbeitrag an die AHV von rund 30 Millionen Franken. In einer Zeit, in der die Regierung das Sparen betont: Wird das für den Staat zu teuer?

Die AHV und die «FL-Säule» sind getrennt zu betrachten. Bei

der AHV fliesst ein wachsender Anteil der Renten ins Ausland, wenn mehr ausländische Arbeitskräfte das Rentenalter erreichen. Das heisst, wir haben einen Effekt, dass wir mit steigendem Staatszuschuss einen stärkeren Export an Rentenzahlungen ins Ausland finanzieren. Die «FL-Säule» hingegen bleibt im Land.

Welche Entlastungen würde die Umsetzung der «FL-Säule» bringen?

Die «FL-Säule» an sich bringt noch keine finanzielle Entlastung, jedenfalls nicht sofort. Am Anfang kostet sie vor allem. Mittelfristig könnte die zusätzliche Absicherung durch die «FL-Säule» zum Beispiel dazu führen, dass die Rentenerhöhung in der AHV niedriger gehalten werden können und somit auch die Staatsbeiträge dort geringer ausfallen. Zudem stellt die FL-Säule sicher, dass ab dem Moment, wo die Säule greift, ein gewisses Mindesteinkommen sichergestellt ist, das zum Beispiel auch für die Finanzierung eines Pflegebedarfs zur Verfügung steht. So könnten allfällige Ergänzungsleistungen des Staates geringer ausfallen.

Die «FL-Säule» ist abhängig vom Kapitalmarkt, also auch seinen Schwankungen unterworfen. Sehen Sie hierbei ein Risiko?

Natürlich gibt es Risiken, da die Entwicklung der Kapitalmärkte ungewiss ist. Doch auch das Landesvermögen unterliegt diesen Schwankungen. Der Vorteil der «FL-Säule» ist, dass der Anlagehorizont ein sehr langer ist. Dies macht kurzfristige Schwankungen weniger bedeutend.

Wie können Nachzügler in die «FL-Säule» aufgenommen werden?

Genau, das ist eine wichtige Frage, die natürlich zu klären ist. Grundsätzlich gibt es dafür verschiedene Möglichkeiten. Eine Möglichkeit wäre ein optionaler Einkauf in dieses System. Zuziehende könnten einen Betrag einzahlen, der wie die Startfinanzierung für Neugeborene angelegt wird.

In der Altersstrategie spricht die Regierung über eine Stärkung der Eigenverantwortung. Ihr Vorschlag lastet stark auf der Schulter des Staates. Weshalb sehen Sie vor allem den Staat in der Verantwortung?

Auf diese Frage gibt es mehrere Antworten. Die erste ist: Private Vorsorge können sich meist nur jene leisten, die ohnehin nicht von Altersarmut bedroht sind. Wer in Altersarmut gerät, wird jedoch zum finanziellen Problem des Staates. Die zusätzliche Eigenverantwortung ist grundsätzlich gut, aber nur in dem Bereich, wo es über die Existenzsicherung hinausgeht und es darum geht, den gewohnten Lebensstandard weiterzuführen. Zudem sind die Beiträge der FL-Säule aus Steuergeldern von Privaten, Unternehmen und auch den ausländischen Arbeitskräften finanziert. Also ist die Finanzierung sehr breit verteilt. Breiter als in Systemen, die zum Beispiel nur auf Beitragszahlungen seitens Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaut sind.

Sie haben in Ihrem Vortrag erwähnt, dass der Gedanke aus der inneren Diskussion mit Politik und Fachkräften entstanden ist. Wie kam es dazu?

Noch unter der Vorgängerregierung kam die Politik mit der Bitte auf mich zu, einige Vorschläge für die Altersvorsorge zu entwickeln. Die Grundidee bestand darin, ein kapitalgedecktes System für Liechtenstein zu kreieren, welches die Besonderheiten des Landes berücksichtigt. Diese Idee wurde in der letzten Legislaturperiode nicht mehr weiterverfolgt, weil es andere Themen gab, die dringender waren. Aber ich denke, dass jetzt ein guter Zeitpunkt wäre, das Ganze wieder aufzugreifen. Soweit ich mitbekommen habe, sind die Reaktionen auf die Idee positiv und zwar unabhängig von der politischen Ausrichtung.

Und dann zum Abschluss: Ihre Botschaft oder Ihr Wunsch an die Politik?

Bewährtes in den bestehenden Säulen zukunftsfähig weiterentwickeln, zusätzlich die «FL-Säule» offen diskutieren und in den politischen Prozess aufnehmen. Sie könnte eine zukunftsweisende Ergänzung für die Finanzierung von Alter und Pflege sein.